

## **PRESSEINFORMATION 48/2022**

### **BW-Auswertung: Corona und die Folgen für Gründer**

---

#### **BWIHK: Viele setzten auf Nebenerwerb – Beratungsinteresse verhalten**

Stuttgart, 26. Juli 2022 – Nach dem Corona-Einbruch gab es letztes Jahr bundesweit wieder mehr Unternehmensgründungen – in Baden-Württemberg mit einem Plus von fast 10 Prozent Neugründungen gegenüber 2020 sogar überdurchschnittlich viele. Doch die Verunsicherung bei potenziellen Gründern bleibt. Das zeigt der jüngste DIHK-Report Unternehmensgründung.

Wer sich selbstständig machen und ein Unternehmen gründen will, erhält bei den Industrie- und Handelskammern (IHK) ein umfassendes Einstiegspaket. Die Kammern beraten zu Geschäftskonzepten, Rechtsformen und Finanzierungsmöglichkeiten. Hinzu kommen Infoveranstaltungen wie etwa Tage der Existenzgründung. Letztere waren bei Gründungswilligen in Baden-Württemberg im zweiten Corona-Jahr 2021 besonders gefragt. Mit 4.163 Teilnehmern interessierten sich zwei Drittel mehr Gründende für diese niedrigschwelligen Angebote als noch im Jahr zuvor (Zuwachs von 67 Prozent).

Leicht zurückgegangen ist das Interesse am persönlichen Gespräch. Knapp 33.500 Frauen und Männer in Baden-Württemberg suchten die individuelle Beratung, fünf Prozent weniger als im Jahr zuvor. Bundesweit gab es einen Rückgang von zehn Prozent auf knapp 160.000.

Die Gründungs- und Beratungszahlen fallen für das Jahr 2021 ganz unterschiedlich aus, wie aus dem Report Unternehmensgründung 2022 des DIHK hervorgeht. Der Schritt in die Selbstständigkeit und der damit verbundene Beratungsbedarf war 2021 stark von den Auswirkungen des ersten Corona-Jahres geprägt. Während nach Beobachtung des DIHK viele Gründungspläne aus dem Jahr 2020 ins nächste Jahr verschoben wurden, ging in einzelnen Regionen und klassischen Branchen wie Gastronomie und Einzelhandel das Interesse am Gründen zurück.

Im Trend liegt hingegen die nebenberufliche Selbstständigkeit. Die Gründungen im Nebenerwerb machen auch in Baden-Württemberg den Großteil der Neugründungen aus. Deutlich zugenommen hat erstmals seit 2016 die Gründung größerer Unternehmen, während das Interesse an Kleinbetrieben zurückgegangen ist. Insgesamt zeigte sich der Südwesten im bundesweiten Vergleich dynamischer und verzeichnete 9,3 Prozent mehr Neugründungen als 2020. Mehr als 96.000 Gewerbe wurden 2021 in Baden-Württemberg angemeldet, 80 Prozent von ihnen waren Neugründungen. „Die Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen, aber auch staatliche Hilfen und Unsicherheiten bezüglich des eigenen Arbeitsplatzes haben das Gründungsgeschehen 2021 maßgeblich beeinflusst“, erklärt Christof Geiger, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der für die Gewerbeförderung im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) federführenden IHK Heilbronn-Franken. Zudem verunsichere aktuell der Russland-Ukraine-Krieg die Menschen zusätzlich. „Hinzu kommen Lieferengpässe sowie steigende Energie- und Rohstoffpreise, die Unternehmensgründende erheblich belasten.“

Für Christof Geiger können die rückläufigen IHK-Gespräche ein Frühindikator auf eine zu erwartende rückläufige Gründungstendenz sein. Gerade in schwierigen Zeiten sei daher für Gründungswillige eine umfassende persönliche Beratung, wie sie die IHKs anbieten, von herausragender Bedeutung.

Diese und weitere Presseinformationen unter [www.bw.ihk.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen](http://www.bw.ihk.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen)

#### Ansprechpartner für die Redaktionen

IHK Heilbronn-Franken  
BWIHK | FF Gewerbeförderung  
Andreas Lukesch  
Telefon 07131 9677-106  
E-Mail: [andreas.lukesch@heilbronn.ihk.de](mailto:andreas.lukesch@heilbronn.ihk.de)

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.